



kurz berichtet

Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Ausgabe Juni 2007 – I

Inhalt:

1. Polizei will mehr Geld - In der Analyse einig
2. GdP Bezirksgruppe Rheinpfalz im Gespräch
3. DGB-Beamtenkommission tagt bei der GdP
4. Heiner Geißler: "Die Weltwirtschaft läuft aus dem Ruder"
5. Neue GdP-Broschüre: Gefährliche Güter
6. Die Beamten und das Streikrecht
7. Neue Ausgabe der GdP-Zeitschrift: DIE KRIMINALPOLIZEI

1. Polizei will mehr Geld - In der Analyse einig

GdP in der Polizeidirektion Neuwied spricht mit heimischen SPD-Landtagsabgeordneten



Nach eingehender Diskussion noch guter Stimmung (v.l.n.r.): Thorsten Wehner MdL, Gabi Weber DGB, Dr. Matthias Krell MdL, Norbert Weckerberndt GdP, Bernd Becker GdP, Renate Pepper MdL, Michael Buchstäber und Kerstin Leicher, beide GdP

„Seit der Jahrtausendwende“, so rechnete der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Kreisgruppe Neuwied-Altenkirchen, den nach Rott bei Flammersfeld eingeladenen Abgeordneten vor, „summiert sich der Einkommensverlust der rheinland-pfälzischen Polizistinnen und Polizisten auf etwa 10 %“. Man sei, so Bernd Becker weiter, in 9 von 11 Jahren von der Einkommensentwicklung ganz oder teilweise abgekoppelt gewesen. Hinzu kämen die Streichung von Zulagen, die Kürzung des Weihnachtsgeldes auf 50 %, die erhebliche Zuzahlung bei der Krankenversicherung und die für die Polizei vorgewommene Verlängerung der Lebensarbeitszeit.

www.gdp-rp.de

@: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

06131-95009-0 06131-95009-99

GdP LB Rheinland-Pfalz, Nikolaus-Kopernikus-Straße 15, 55126 Mainz

V.i.S.d.P.: Ernst Scharbach

Diese Bestandsaufnahme wurde von den SPD-Abgeordneten **Renate Pepper** (Linz), **Thorsten Wehner** (Wissen) und **Dr. Matthias Krell** (Betzdorf) nicht bezweifelt. Den Beamtinnen und Beamten seien in der Tat in den zurückliegenden Jahren Einschnitte zugemutet worden. Andererseits bestätigte die Abordnung der GdP, dass in den 90er Jahren sehr gute Grundentscheidungen für die Polizei getroffen worden seien. Die Entscheidungen müssten aber auch heute noch umgesetzt und finanziert werden, zum Beispiel die zweigeteilte Laufbahn. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Renate Pepper**: „*Ich denke, es ist an der Zeit, dass wir uns die Polizei noch einmal ganz genau ansehen. Wenn der Eindruck entsteht, dass die Politik die hochkomplexe, schwierige und oft gefährliche Aufgabe der Polizei nicht mehr angemessen würdigt, dann ist das nicht in Ordnung*“.

Polizeizulage soll ruhegehaltstfähig bleiben:

Eine der Botschaften der Polizistinnen und Polizisten an die Politiker: „*Nach der Föderalismusreform treffen Sie im Landtag alle wichtigen Entscheidungen über die sozialen Verhältnisse der Beamtinnen und Beamten. Sie haben jetzt die Verantwortung für sinnvolle Veränderungen und Fortschreibungen*“. „*Beispielsweise könnten Sie durch ein Landesgesetz verhindern, dass ab 31.12.2007 die Polizeizulage nicht mehr ruhegehaltstfähig ist*“, stellte **Michael Buchstäber**, PI Neuwied, fest. Und die GdP-Leute ließen auch keinen Zweifel daran, dass sie mitreden wollen. „**Verhandeln statt verordnen**“ müsse die Devise heißen; so könnten Fehler vermieden werden.

Mehr Beförderungen dringend erforderlich:

Kritik erntete die Landesregierung für den für 2007 und 2008 vorgelegten Beförderungshaushalt. „*Das ist nicht die zweigeteilte Laufbahn, wie sie Mitte der 90-er von Walter Zuber eingeführt und beschrieben wurde*“, merkte **Norbert Weckerberndt** von der PI Straßenhaus an. Es fehle gravierend an Beförderungsmöglichkeiten nach A 10 und A 11. Für die weitere Vorgehensweise kam von Seiten der Parlamentarier der Vorschlag, rechtzeitig vor dem Doppelhaushalt 2009/2010 ein Konzept zu erstellen. 2009 sei das Jahr, in dem die zweigeteilte Laufbahn für die Polizei Rheinland-Pfalz mit dem letzten Aufstiegslehrgang endgültig umgesetzt werde. Dafür müssten, so die GdP-Forderung, auch die erforderlichen Beförderungsmöglichkeiten in den Haushalt, „*um die Lücken zu schließen, die jetzt aufgerissen wurden*“.

Tarifvertrag für Beamte übernehmen:

Aktuell geht es den Gewerkschaftern um das Besoldungsgesetz 2007. „*Wir wollen nichts anderes als die Übernahme des Tarifabschlusses für den öffentlichen Dienst auch für Beamte; das ist wirklich nicht zuviel verlangt*“, meinte **Kerstin Leicher** von der PI Altenkirchen. Diese Forderung von 2,9 % ab 1.1.2008 sei nur gerecht, meinte auch die DGB-Regionsvorsitzende **Gabi Weber**, die an dem Gespräch teilnahm, und sie fügte hinzu: „*Die gestaffelten Einmalzahlungen (600,- € für den gehobenen Dienst), die für 2007 gefordert werden, sind ja nur ein kleiner Ausgleich, für das, was über Jahre gekürzt wurde*“. Die Abgeordneten zeigten sich von der Tatsache, dass in 14 Ländern und im Bund Regelungen vorgesehen sind, die dem Tarifabschluss nahe kommen oder darüber liegen, durchaus beeindruckt. Und Vorsitzender Becker versuchte Brücken zu bauen: „*Als Ministerpräsident Kurt Beck in der Regierungserklärung im Mai 2006 die Erhöhung um 0,5 % ankündigte, hatten wir alle von dem sich jetzt abzeichnenden Aufschwung noch keine Ahnung. Neuen Erkenntnissen folgen neue Entscheidungen, ein ganz normaler Vorgang*“, meinte er.



2. GdP Bezirksgruppe Rheinpfalz im Gespräch

Auch in Ludwigshafen verdeutlichte die GdP ihre Forderungen zur Besoldungsrunde im Gespräch mit Landtagsabgeordneten.

Für die CDU waren **Josef Keller** und **Brigitte Hayn** der Einladung gefolgt. Die beiden Abgeordneten sagten zu, das Thema in ihre Landtagsfraktion zu bringen.

An dem Gespräch mit der FDP nahm die MdL **Günter Eymael** teil. Die FDP unterstütze die GdP-Forderungen. Er will in Sachen Beförderungen und Besoldung das Gespräch mit Innenminister **Karl Peter Bruch** suchen.

3. DGB-Beamtenkommission tagt bei der GdP

Unter dem Vorsitz von **Astrid Clauss**, DGB, bekräftigte die Beamtenkommission ihre Forderung nach einer spürbaren Besoldungserhöhung. Der Gesetzentwurf der Landesregierung, in dem die „Erhöhung“ um 0,5% vorgeschlagen wird, wurde einhellig abgelehnt.



[v.l.n.r.: Klaus Bundrück (GEW), Achim Eggert (GdP), Christiane Grenda (GEW), Hans Adolf Schäfer (GEW), Astrid Clauss (DGB), Dietmar Muscheid (DGB), Ernst Scharbach (GdP), Thomas Will (GdP), Heinz Werner Gabler (GdP), Christel Hahn (Ver.di)]

Dietmar Muscheid, Landesvorsitzender des DGB: „Die Regierung hat den Entwurf vorgelegt – aber das letzte Wort haben die Damen und Herren Landtagsabgeordnete! Wir werden auf allen Ebenen und mit Aktionen unsere Argumente vorbringen.“

GdP-Landesvorsitzender **Ernst Scharbach**: „Vermutlich wird sich das Gesetzgebungsverfahren noch bis in den September hinziehen – genug Zeit, um unsere guten Argumente in die Diskussion einzubringen.“

Die DGB-Beamtenkommission hat die förmliche Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf erarbeitet, der sich derzeit im Anhörungsverfahren bei den Spitzenorganisationen befindet. Die Kommission setzt sich aus erfahrenen Mitgliedern von **DGB, Ver.di, GEW** und **GdP** zusammen. Hier werden auch alle Aktionen vorbereitet und koordiniert. **Astrid Clauss**: „Nach der unseligen Föderalismusreform kommt diesem Gremium ein völlig neues Gewicht zu. Wir sind für die Zukunft bestens gerüstet.“

Heinz Werner Gabler, stellvertretender GdP-Landesvorsitzender: „Wir sind dem DGB Rheinland-Pfalz sehr dankbar, dass er für die sehr umfangreiche Arbeit mit Astrid Clauss eine ausgewiesene Fachfrau mit der Aufgabe betraut hat. Diese Arbeit ist wichtiger denn je!“



4. Heiner Geißler: "Die Weltwirtschaft läuft aus dem Ruder"

Heiner Geißler hat bei einem Pressegespräch in Berlin seine Entscheidung, dem globalisierungskritischen Netzwerk **Attac** beizutreten, begründet und seine Kritik am neoliberalen Kurs der G8 bekräftigt.



"Die Weltwirtschaft läuft aus dem Ruder, die Kluft zwischen Arm und Reich auf der Welt wird immer größer und das Flüchtlingselend immer bedrohlicher", sagte er. Die reichen Länder müssten sich in Heiligendamm überlegen, ob sie den bisherigen Weg weitergehen wollen oder ob nicht das Modell einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft die bessere Alternative sei. Zu einer neuen Ordnung gehörten eine stärkere Kontrolle der internationalen Finanzsysteme, die Schließung der Off-shore-centers, die Einführung einer internationalen Devisentransaktionssteuer, die Beschränkung der europäischen und amerikanischen Agrarsubventionen sowie eine Reform der globalen Institutionen wie Weltbank, IWF und WTO.

Ohne Achtung der Menschenwürde und solidarische Standards, die Lohnsklaverei, Ausbeutung, Kinderarbeit und Zerstörung der Natur verbieten und verhindern, ist eine humane Weltwirtschafts- und Weltfriedensordnung nicht möglich", betonte der Christdemokrat. Die Alternativen seien Blutvergießen, Wirtschaftskriege um Wasser, Ernährung und Energie, Zerstörung der natürlichen Ressourcen sowie Fundamentalismus und weltpolitisches Chaos. *"Sich für die humane Alternative zu entscheiden und endlich zu handeln, ist die Pflicht und Verantwortung der G8-Staaten"*, so **Heiner Geißler**.

"Wir leben in einer Welt voller Reichtum, in der die Armut nicht beseitigt wird. Dies zeigt, dass mit unserem Weltwirtschaftssystem etwas nicht Ordnung ist und grundsätzliche Alternativen gefragt sind", ergänzte **Pedram Shahyar** vom Attac-Koordinierungskreis bei dem Gespräch. Um die Wirtschaft den Menschen zugute kommen zu lassen, sei eine umfassende Demokratisierung der Wirtschaft notwendig. Der Trend zur Privatisierung öffentlicher Güter müsse gestoppt werden, erfolgte Privatisierungen seien rückgängig zu machen. **Pedram Shahyar**: *"Gas, Energie, Transport, Wasser und Bildung gehören unter demokratische Kontrolle und dürfen nicht der Profitgier der Investoren unterworfen werden."*

Prinzessin Lea: „Möge die Macht mit uns sein!“

Prinzessin Lea: „Möge die Macht mit uns sein!“

5. Neue GdP-Broschüre: Gefährliche Güter

Als praktische Hilfe für die Kolleginnen und Kollegen im täglichen Dienst hat der GdP-Bundesvorstand eine handliche Broschüre im DIN A 6 - Format mit dem Titel: „Transportkennzeichnung gefährlicher Güter in Verpackungen und Tanks“ herausgegeben. Sie wird in den nächsten Tagen an unsere Kreisgruppen übersandt.

6. Die Beamten und das Streikrecht

Dass die GdP seit Jahr und Tag die Forderung: „Verhandeln statt Verordnen“ erhebt und sich damit gegen das einseitige Festlegen unserer Arbeitsbedingungen durch den Gesetzgeber auflehnt, dürfte hinreichend bekannt sein. Damit einher geht natürlich auch die Forderung nach dem Streikrecht für Beamte, wie es in anderen Ländern durchaus üblich ist. Natürlich gelten für die Polizeibeamten hierbei besondere

Einschränkungen – aber es gibt ja noch genug andere Beamte im Staatsdienst. Und es ist nicht einzusehen, warum Tarifbeschäftigte in den Verwaltungen streiken dürfen, die Beamten – die häufig die gleiche Arbeit verrichten – eben nicht. Nun folgt – dankenswerterweise – auch der Beamtenbund dieser Argumentation. Der Vorsitzende des DBB **Peter Heesen** stellt das Streikverbot nun ebenfalls in Frage. Wenn der Staat seinen Verfassungspflichten nicht mehr nachkomme, „dann stellt sich auch die Frage, wie lange dieses Arbeitskämpfverbot noch trägt.“ Dazu **Heinz Werner Gabler**: „Willkommen im Club!“

7. Neue Ausgabe der GdP-Zeitschrift: DIE KRIMINALPOLIZEI

Inhalt:

Deutschland zwischen Integration und Islamismus

von Dr. Marwan Abou-Taam, Islam- und Politikwissenschaftler, Mainz

Gewalt an Schulen: Das Amok-Phänomen

Von ISMC Robert F. J. Harnischmacher

Stalking – Erklärungsansätze und neue Forschungsergebnisse –

von Prof. Dr. Joachim Burgheim, Dipl.-Psychologe, FHöV NRW,

Roter Kosar (Teil 1) – eine nicht alltägliche Brandstiftungsserie mit ungewöhnlichem Hintergrund aus der persönlichen Sicht des Polizeiführers

Von Stefan Heinz, Kriminaloberrat, Kriminaldirektion Koblenz

Räumliche und personelle Rahmenbedingungen in der Kriminaltechnik aus Sicht des Hessischen Landeskriminalamtes

von Dr. Torsten Ahlhorn, Leiter des Kriminalwissenschaftlichen und -technischen Instituts im Hessischen Landeskriminalamt

Humoristisches: Die Anstecknadel

von Bernhard Boos, KHK, Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz und KOR Hans-Werner Dietze, z.Zt. Referent beim DFK in Berlin

Seminar Rauschgiftkriminalität an der Polizei-Führungsakademie/ Deutsche Hochschule der Polizei i.G.

von Dr. Thomas Mentzel, Kriminaldirektor, BKA, Dozent für Kriminologie an der PFA/DHPol i.G. und von Joachim Rolke, Kriminaldirektor, Polizei Berlin, Dozent für Kriminalistik an der PFA/DHPol i.G.

Haftentlassung von Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar

von GStA Klaus Pflieger, Generalstaatsanwaltschaft Stuttgart

Streitkultur - Altes und Neues zum Verhältnis zwischen Polizei und Datenschutz

von Hans Udo Störzer, Regierungsdirektor, Wiesbaden

Die Zeitschrift wird in den nächsten Tagen an die Kreisgruppen ausgeliefert.

Auto kaufen?

Verreisen?

PSW 06131/96009-23 oder -31

Internetapotheke: <http://gdp-rp.vitaware.de> (ohne "www").

V.i.S.d.P.: Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz,
Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz

www.gdp-rp.de

Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de